

Leitls Forderungen zu Pensionskonto – Regierung sagt Nein zu Pensionistensteuer

„Korridor“ soll mehr Flexibilität bei Antritt der Pension sichern

Der Vorschlag von Sozialminister Herbert Haupt (FPÖ) für einen „Pensionskorridor“ rückt in den Mittelpunkt der Debatten.

WIEN, ALPBACH (TT). Ganz neu ist der am Modell Schwedens ausgerichtete Korridor-Vorschlag nicht. Die Regierungsparteien hatten Mitte Juni bei den Vorbereitungen auf die Harmonisierung der Pensionsysteme eine entsprechende Regelung vereinbart.

Gesundheitsministerin Maria Rauch-Kallat (ÖVP) bezeichnete die von Haupt erläuterte Idee gestern als „nicht unvernünftig“. Ziel

müsse es sein, die Leute länger im Arbeitsleben zu behalten.

Fair bewerten

Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl verlangte als Kern der weiteren Pensionsreform das von Haupt angekündigte Beitragskonto. Alles was in die Pensionskasse eingezahlt werde, solle dabei mit einer fiktiven Verzinsung wieder ausbezahlt werden. Auch Ersatzzeiten sollten darin „fair bewertet“ werden. Unterm Strich soll für alle nach 45 Beitragsjahren und ab dem 65. Lebensjahr eine Durchschnittspension von 80 Pro-

zent herauskommen.

Wenig halten die Regierungsparteien von der Idee



„Korridor für Pensionsantritt von 62 bis 67 Jahren ist das Ziel.“

HERBERT HAUPT

Foto: AP/Punz

einer „Pensionistensteuer“. Damit will Sozialforscher Bernd Marin einen Teil der nicht durch Beiträge gedeckten Pensionszahlungen

abschöpfen. Laut Marin ist eine solche Abgabe unausweichlich, da die heutige Pensionistengeneration noch rund 16 Prozent Rendite auf ihre Beitragszahlungen lukrieren könne, während künftige Generationen einen solchen Wert nicht mehr erreichen würden.

Schon umgesetzt

Haupt und Rauch-Kallat sehen die Pensionistensteuer durch schon beschlossene Maßnahmen (Pensionsversicherungsbeitrag bei Beamten, Solidarbeitrag bei Politikern) bereits umgesetzt. Die Opposition reagierte zustimmend auf Marins Vorschlag.